



## Wir kommentieren

**den Wahlmodus in der holländischen Kirche:** Das Problem einer wirklichen (Volksvertretung) – Experten und Organisationen sind noch nicht das Volk Gottes – Kandidatensuche von der Basis her – Ein Bischof ruft alle zur Wahlurne – Er hat die einsame Höhe satt – Auch für ihn ist guter Rat teuer – Drei Wahlrunden – Überwindung der Anonymität.

**das Bensberger Memorandum:** Wenn Friedensappelle ernst genommen werden – Was darf der Friede kosten? – Die Polenkommission des Bensbergerkreises hat Mut – Vorgeschichte des Memorandums – Prominente Unterzeichner – Reaktionen in- und außerhalb des Katholizismus – Konformismus in Nöten – Uniformität oder Vielfalt in der katholischen Einheit?

## Kirche

**Darf die Kirche ihr Gesicht verlieren?:** «Die Menschen werden es nicht verstehen!» – Ausdruck sorgender Liebe oder Sorge für das eigene Ich? – Öffentliche Rehabilitation und Eingeständnis begangener Fehler eine Äußerung des fortschreitenden Lebens – Kann sich die Kirche davor verschließen? – Gefahren der Identifizierung mit der Institution – Wer erlangt wirkliche Autorität? – «Die Erneuerung der Kirche bringt Verwirrung» – Enttäuschungen sind unvermeidlich – Wachstum riskiert Mißwachs.

## Rehabilitierung

**Rosminis «Fünf Wunden der Kirche»:** Absonderung des Klerus vom Volk – Redu-

zierte Theologie – Schlecht verwendeter Reichtum – Wahlmodus für Bischöfe – Verfilzung von Kirchenamt und Politik – Ein prophetisches Buch – 1849 verboten – Erst 1966 vom Index abgesetzt – Neuauflage in zwei Monaten vergriffen – Leidet die Kirche noch immer an denselben Wunden? – Ist die Rehabilitation Rosminis nicht zu (billig) ausgefallen?

## Wissenschaft

**Verzweifelte Grundlagenforscher:** Die Konkurrenz der Forschungsprojekte in den USA – Kein Geld ohne Reklame – Wie macht man das DNS populär? – Kornberg mobilisiert die Massenmedien.

## KOMMENTARE

### Wie ein Pastoralrat zu seinen Kandidaten kommt

Der Ruf nach Repräsentanz des ganzen Volkes Gottes wird seit dem Konzil auf den verschiedensten Ebenen erhoben. Oft verbindet man damit die Forderung nach demokratischen Wahlen, wie dies zum Beispiel am Laienkongreß in Rom noch und noch geschehen ist. Aber wenn es dann darum geht, die verschiedenen «Räte» in der Pfarrei, im Bistum und auf Landesebene zu bestellen, beginnen die konkreten Schwierigkeiten schon bei der Aufstellung von Kandidaten. Was in der Demokratie die Parteien mit ihren Wählerversammlungen und im Parlament die Fraktionen in ihren Zusammenkünften besorgen, hat in der Kirche noch kaum ein Vorbild. Parteienbildung ist hier verpönt, obwohl es gewiß auch in der Kirche eine berechnete Verschiedenheit von Interessen und Richtungen gibt, für deren Vertretung ein Forum zu schaffen eine wesentliche Funktion der verschiedenen Ratsgremien ist.

Aber selbst wenn man an den politischen Parteien ein Vorbild nähme, müßte man befürchten, daß in der Kirche mindestens ebenso viele abseits blieben, wie dies schon jetzt auf der politischen Bühne überall dort der Fall ist, wo ein beträchtlicher Teil des Volkes sich in den Parteien insgesamt nicht wiedererkennt und an ihrer Politik nicht interessiert ist. Den Kreis der «Interessierten» zu erweitern, das ist ja offenbar das Hauptziel all der verschiedenen Gremien, die auf Grund der konziliaren Empfehlungen geschaffen werden. Und so geht es

letztlich darum, wie überhaupt neues Interesse geweckt wird oder wie bisher unbekannt und nichtberücksichtigte Interessen zum Zuge kommen.

Praktisch stellt sich aber vor allem die Frage, die auch schon den Konzilsvätern gegenwärtig war: Wie kommen wir über die «Organisierten» hinaus? Wie wird verhindert, daß nur ein bestimmter «Typ» des Gläubigen auf die Kandidatenliste gelangt; wie wird ermöglicht, daß Schichten und Gruppen, die dem eingesessenen kirchlichen Betrieb fern stehen, auch zu Wort kommen und ihre authentische Vertretung finden? Es ist die Frage nach dem Wahlmodus.

Hier kann, so scheint uns, das holländische Beispiel erhellend sein. Wir berichten darüber auf Grund von Angaben, die wir an Ort und Stelle in direktem Kontakt mit einem Hauptverantwortlichen erhalten haben. Sie ergänzen die Ausführungen über das Nationalkonzil in der letzten Nummer.<sup>1</sup> Wenn nämlich das Nationalkonzil, das zu Beginn der Karwoche seine zweite Plenarversammlung abhalten wird, wirklich repräsentativ ist, so deshalb, weil es sich aus den Pastoralräten der sieben Diözesen aufbaut. Wie es zu dieser Basisbildung kam, sei am Beispiel des Bistums *Haarlem* dargestellt. Zu diesem Bistum gehört Amsterdam.

### Ein Bischof sucht Ratgeber

Eines Sonntags erhält jeder Gottesdienstbesucher ein doppelseitiges Zeitungsblatt. Überschrift: *Der Bischof fragt um Rat ... und ruft alle zur Wahlurne*. Neben einer Photo des Bischofs

ist ein kurzer Brief zu lesen. Der Bischof legt dar, wie ihm und seinen Amtskollegen während des Konzils in Rom klar wurde, wie sehr ein Zusammendenken und Zusammenwirken von Bischof, Priestern, Ordensleuten und Laien notwendig sei. Er vermerkt dann, welchen Aufschwung innert Jahresfrist die verschiedenen Formen von Gesprächsgruppen zusammen mit der Bildung von Priester- und Laienräten und ebensolchen Ratsgremien von Ordensleuten in den einzelnen Dekanaten genommen hätten. Der Pastoralrat, der aus Priestern, Ordensleuten und Laien bestehen und ungefähr hundert Personen umfassen soll, werde sich mit allem befassen, was zur Seelsorge im Bistum gehöre. «Kurz gesagt», so heißt es wörtlich, «dieser Rat soll verhindern, daß ein Bischof auf einsamer Höhe mit der Sorge für sein Bistum allein ist.» Eine Zeichnung zeigt den Bischof in Mitra und Ornat, die Hände auf dem Rücken, in solcher Einsamkeit einherwandeln. Das Schild an der Wand sagt: Guter Rat ist teuer. Sorgenvoll blickt der Bischof auf eine Liste von Fragen, die im Pastoralrat zur Sprache kommen könnten, wie:



- Eucharistiefeiern während der Woche (Hausmessen?)
- das Problem der gemischten Ehe
- Praxis der Firmung
- Verkündigung und Katechese
- Kirchenbau zusammen mit andern Christen
- Aufgaben und Absichten in Mission und Entwicklungshilfe
- kirchliche Finanzen
- Pfarreiräte

Die Rückseite des Flugblatts gibt Auskunft über die Art, wie der Pastoralrat auf Grund «freier Wahlen» gebildet werden soll. Zu wählen sind 96 Mitglieder, die «wirklich das ganze Volk Gottes widerspiegeln» sollen, also: Priester und Laien, Männer und Frauen, Brüder und Schwestern, Jüngere und Ältere. Sollte sich herausstellen, daß eine Gruppe kaum vertreten ist, behält sich der Bischof das Recht vor, den Rat angemessen aufzufüllen.

Die Wahl erfolgte nach Dekanaten. Je nach der Größe derselben waren pro Dekanat drei bis zwölf Mitglieder zu wählen. Auf die sechs Subdekanate von Amsterdam traf es je fünf, auf die ganze Stadt also dreißig Mitglieder. Gewählt werden und wählen konnte jedermann, der römisch-katholisch, 18 Jahre alt war und zum Bistum Haarlem gehörte.

### Die Wahl verlief in drei Runden

Die erste Runde diente der Aufstellung von Kandidaten. Das Flugblatt enthielt das zugehörige Formular. Darauf waren der Name eines einzigen Kandidaten und die Unterschrift von fünf und zwanzig Wahlberechtigten einzutragen, die diese Kandidatur unterstützten und die gleichzeitig bescheinigten, nur einmal von ihrem Recht, einen Kandidaten aufzustellen (wörtlich, dem Bischof vorzustellen), Gebrauch zu machen. Über den Kandidaten mußte auf dem Formular Auskunft über Alter, Beruf und Stand gegeben werden. Der Kandidat hatte diese Angaben selber zu bestätigen und die Annahme seiner Kandidatur gleichzeitig unterschriftlich zu bekräftigen. Für den gleichen Kandidaten konnten mehrere Listen mit je fünf und zwanzig Unterschriften bis zum festgesetzten Termin beim Bischof eingereicht werden.

### Die zweite Runde

Als Ergebnis der ersten Runde kamen gut 1200 Kandidaten zusammen. Sie wurden, nach Dekanaten aufgeteilt, in alpha-

betischer Reihenfolge auf einem großen, doppelseitigen Zeitungsblatt publiziert. Das Blatt war in jeder Pfarrei erhältlich und enthielt zwei Wahlzettel für zwei Wähler. Diesmal ging es um einen regelrechten Wahlgang mit Wahlurnen oder auf schriftlichem Weg (direkt an den Bischof). Gewählt wurden aber noch nicht die Mitglieder des Pastoralrats als solche, sondern Wahlmänner (und -frauen), und zwar pro Dekanat fünfmal so viele Wahlmänner, wie schließlich Mitglieder zu wählen waren. Mittun konnte an dieser zweiten Runde jeder Mann, der die eingangs erwähnten Bedingungen erfüllte, auch wenn er an der ersten Runde nicht beteiligt war. Gewählt werden konnte aber nur, wer auf der Kandidatenliste stand. Man konnte auch Kandidaten aus einem anderen Dekanat wählen. Jeder Wähler hatte maximal drei Stimmen. Es gab keine Kumulation. Die Wahlzettel mußten persönlich unterschrieben und mit Adresse versehen sein.

An dieser zweiten Runde beteiligten sich 85 000 Personen, das sind 20–25 Prozent der schätzungsweise derzeit im Bistum Haarlem lebenden (praktizierenden und nichtpraktizierenden) Katholiken. Stimmen gingen 180 000 ein, das heißt, daß längst nicht jeder für drei Kandidaten stimmte, sondern manche nur für zwei, andere nur für einen.

### Die dritte Runde

Die 480 so gewählten Wahlmänner wurden vom Bischof zu einer Wahlversammlung zusammengerufen. Wie uns der Bischof selber erzählte, ging es nun darum, die Leute zum Sprechen zu bringen. Das gegebene Thema: «Was soll im Pastoralrat behandelt werden?» Nachdem darüber offenbar eine größere Zahl ihre Meinung geäußert hatte, schritt man zur Wahl. Über die endgültige Zusammensetzung fehlen uns leider nähere Angaben. Was dem Bischof zuerst auffiel: es waren zu wenig Frauen gewählt worden. Was aber als positiv korrigierende Funktion dieses Wahlmodus betrachtet werden kann, zeigen zwei Beispiele. Die weitaus höchste Stimmenzahl erhielt in der zweiten Runde ein Radiosprecher. Wie weit er für sich persönlich Propaganda gemacht hat, wissen wir nicht, aber offenbar wurde sein Erfolg von den übrigen Wahlmännern kritisiert. Jedenfalls haben sie ihn nicht gewählt. Ebenso wenig wurde die Lehrschwester gewählt, die in der ersten Runde zehn Listen auf sich vereinigt hatte. Ihre Stimmen stammten auch in der zweiten Runde von lauter «höheren Töchtern» der Schule, in der sie Lehrerin war. Solche «Aktionen» wurden in der dritten Runde offenbar neutralisiert.

Das Sympathische an diesem dreistufigen Wahlmodus scheint uns die weitestmögliche Überwindung der Anonymität zu sein. Auf jeder Stufe ist es möglich, jemanden zu wählen, den man persönlich kennt, und jedesmal bekennt man sich persönlich zu seinem Kandidaten. Auf diese Weise fühlt sich auch der Basiswähler viel persönlicher beteiligt. Eine zweite Beobachtung drängt sich auf: die rasche Abfolge der Wahlgänge. Am 11. Juni mußten die Formulare der ersten Runde abgehandelt werden. Eine Woche später war die Kandidatenliste erhältlich, sogleich erfolgte der Urnengang, und so war die zweite Runde am 25. Juni abgeschlossen. Anfangs Juli fand die dritte Runde in Form der Wahlmännerversammlung statt. Diese rasche Aufeinanderfolge hat das Interesse gewiß eher wachgehalten, als wenn größere Zeitabstände anberaumt worden wären. Selbstverständlich ist kein Wahlmodus vollkommen, und die «wirkliche Widerspiegelung des gesamten Volkes Gottes» ein unerreichbares Ideal. Aber der eingeschlagene Weg hat mindestens bewiesen, daß man ehrlich nach diesem Ideal gesucht hat und daß man sich etwas einfallen ließ, um ihm näher zu kommen.

Nicht zu vergessen ist, daß sowohl auf Bistumsebene wie dann vor allem auch an der Nationalsynode diese Repräsentanz von andern Gremien ergänzt wird, die thematisch gegliedert sind und in denen die Experten den Ton angeben. Die Kirche besteht aber nicht nur aus Experten, sondern aus Gläubigen.

Ihr Zeugnis und ihr Glaubensbewußtsein sollen in ihrer Variationsbreite und in ihrer Einheit zum Zug kommen, wo es um Entscheidungen der Seelsorge geht. Das ist der Sinn der Pastoralräte.

L. Kaufmann

#### Anmerkung

<sup>1</sup> Das sogenannte Pastoralkonzil in: Holland, Versuchsfeld der Kirche Gottes, Nr. 5, S. 60f. – Zu diesem Artikel von Leo Bakker ist uns während der Drucklegung eine Zuschrift aus Deutschland eingesandt worden. G. G. in B. weist darauf hin, daß in diesem Jahr 1968 allenthalben in deutschen Diözesen Laienvertretungen auf Pfarreiebene gewählt werden sollen: «Es ist rührend, zu sehen, wie man dabei vorgeht. Es ist indes bedrückend, zu hören, wie seitens der Geistlichkeit – und das sind keine Einzelfälle! – diesem Vorhaben entgegenargumentiert wird. Niederschmetternd ist es vollends, welche Winkelzüge ersonnen werden, um möglichst alles ja schön beim alten zu belassen.» Der Verfasser, der immerhin zugibt, daß auch in Deutschland die Kirche aus ihren alten erstarrten Formen heraus und in Bewegung geraten sei, meint, es überwogen hier die «konservativen Kräfte, die zwar das Neue bejahen, es aber gern für die nächste Generation aufgehoben wissen möchten». Für die Mängel bei der Bildung der Pastoralräte macht der Verfasser auch «ein Versagen der Informationsquellen kirchlicherseits» verantwortlich: «Es genügt eben nicht, mit tonloser Stimme einen Hirtenbrief von Kanzeln vorlesen zu lassen, um eine derartige Neuerung im breiten Kirchenvolk publik zu machen. Gemessen an dem Aufwand, den man für Caritas-, Haus- und Straßensammlungen, für ‚Misereor‘ und ‚Adveniat‘ treibt, sind die Anstrengungen für die Vorbereitung und Durchführung der Pfarrgemeindevahlen geradezu entmutigend. Was auch immer die Gründe dafür sein mögen – so geht es jedenfalls nicht!»

## Das Bensberger Memorandum

Das politische Selbstverständnis des deutschen Katholizismus wird seit einigen Monaten auf eine harte nachkonziliare Probe gestellt. Da wagt es eine kleine, freie Gruppe, die Friedensappelle des Konzils und der Päpste ernst zu nehmen, sie in den Bereich der eigenen Verantwortung umzusetzen, friedensstörende Faktoren im internationalen Kräftefeld aufzuspüren, ohne sie auf alte, zuweilen mit theologischer Absolutheit verbrämte politische Konzepte zu gründen und Vorschläge an die Völker und ihre Repräsentanten zu formulieren! Und schon geht ein Hagel von Protesten, Diffamierungen, zynischen Etiketten, sachlichen Entstellungen und Bestreitungen der Legitimität über diejenigen nieder, die lediglich ihre Meinung zur Diskussion gestellt haben. Was war geschehen?

Am 7. und 8. Mai 1966 trafen sich fünfzig Katholiken in der Thomas-Morus-Akademie zu Bensberg bei Köln. Die Initiative ging zwar von Freunden und Mitgliedern der katholischen Friedensbewegung Pax Christi aus, jener kirchenamtlich konstituierten Organisation, deren gegenwärtiger deutscher Präsident Kardinal Döpfner ist, führte aber zu keinerlei politischen Fixierungen. Der «Bensberger Kreis», wie er sich später nannte, arbeitete, entschied und erklärte sich völlig autonom.

Diese erste Gesprächsrunde beschloß, sich drei Problemen zuzuwenden:

dem polnisch-deutschen Verhältnis, über das eine gewählte Kommission ein Memorandum vorlegen sollte,

dem Vietnamkrieg, zu dem von einem Komitee eine Stellungnahme vorzubereiten war, und

der immer noch ungeklärten Situation katholischer Wehrdienstverweigerer, über die zunächst ein Rechtsgutachten erstellt werden sollte.

Vier regionale Gruppen der «Polenkommission», die 32 Mitglieder umfaßte, erarbeiteten in der ersten Phase wesentliche Einzelaspekte. Der Kommission lagen auf ihrer Sitzung am 5. November 1967 drei Entwürfe zum Gesamtkomplex vor. Einer von ihnen wurde schließlich, nachdem er viele Stationen auch einschneidender Veränderungen durchlaufen hatte – zehn Gesamtentwürfe waren am Ende zu unterscheiden –, von der Vollversammlung des «Bensberger Kreises» am 3. März 1968

in Köln ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen verabschiedet und veröffentlicht. Das «Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen»<sup>1</sup> trägt die Unterschriften von 161 Katholiken, unter ihnen viele bekannte Namen, von denen nur einige genannt seien:

der Bundestagsabgeordnete P. Nellen (SPD);  
die Publizisten W. Dirks, H. Heigert, G. Lehner, H. Linnerz, H. T. Risse, V. Sturm und L. Waltermann;  
die führenden Mitglieder katholischer Verbände, M. Dirks, A. Erb und G. Hüßler;  
die Professoren, Theologie: H. Dolch, J. B. Metz, K. Rahner und J. Ratzinger;  
Öffentliches Recht: E. W. Böckenförde, E. Menzel und K. Peters;  
Pädagogik: P. Furth, F. Pöggeler und W. Rest;  
Geschichte: K. O. von Arctin und P. Lengsfeld;  
Politologie: E. O. Czempel, E. Kogon, H. Kuhn, A. Schwan, G. Ziebur; Philosophie: M. Müller, H. R. Schlette und R. Spaemann;  
Wirtschaftswissenschaften: G. Kade; Medizin: A. Jores.

### Bemühungen um Vielfalt in der katholischen Einheit

Ehe der «Bensberger Kreis» seine Zustimmung gab, hatten am 14. April 1967, am 4. und 28. Februar 1968 zwischen Delegierten der «Arbeitsgemeinschaft katholischer Vertriebenenorganisationen» und der «Polenkommission» Gespräche stattgefunden. Die beiden ersten Treffen förderten recht bald zutage, daß einige grundlegende Gegensätze bestanden, so daß ein gemeinsames Memorandum, wie es von manchem erhofft wurde, nur um den Preis allgemeiner, zu wenig aussagerender Formulierungen möglich gewesen wäre. Der «Bensberger Kreis» hätte in diesem Fall das Gesetz verleugnen müssen, unter dem er angetreten war: nämlich endlich denjenigen Katholiken Gehör und Einfluß zu verschaffen, die in den polnisch-deutschen Fragen andere Standpunkte vertraten als die Vertriebenenverbände und ihre Anhänger.

Aber auch der andere, sehr sinnvolle Versuch, die übereinstimmenden und abweichenden Meinungen *noch vor der Veröffentlichung des Bensberger Dokuments* abzugrenzen und in einer gemeinsamen Erklärung bekannt zu geben, scheiterte. Indiskretionen in der Presse hatten es den «Bensbergern» unmöglich gemacht, die Verabschiedung und Publizierung ihrer Gedankengänge länger hinauszuschieben. Der drittletzte Entwurf, der in vielem anders lautete als der endgültige Text, war in großen Teilen an die Öffentlichkeit gelangt. Jetzt mußte schnell klargestellt werden, wie die gültige Version lautete.

### Indiskretionen und ihre Folgen

Die erste Indiskretion stammt schon vom 19. November 1967. Die katholische Wochenzeitung «Echo der Zeit» hatte mit einem böartigen Leitartikel, der als Meldung an die Nachrichtenagentur UPI ging und eine Flut von Pressemeldungen hervorrief, versucht, das ganze Vorhaben in Mißkredit zu bringen. Aus dem Wortlaut sind die genaue Kenntnis der Vorwürfe und der Kommissionsverhandlungen ersichtlich; um so schwerer wiegen die falschen Behauptungen, die der Artikel in die Welt setzte:

Es sei beabsichtigt, die Anerkennung der DDR zu fordern; eine «radikale Linksorientierung der deutschen Katholiken» werde versucht; «der nächste Deutsche Katholikentag, so verlautet, müsse in gut vorbereiteter Atmosphäre für die da vertretenen Ansichten gewonnen werden, zumindest aber sollten Zwiespalt und Auseinandersetzung über die Deutschland- und Ostpolitik ihm vorangehen und ihn beherrschen».

All das hat sich als unhaltbar erwiesen. Die Behandlung des Deutschland-Problems war nicht Aufgabe der «Polenkommission». An den Katholikentag hatten die Verfasser allein deswegen nicht gedacht, weil sie ursprünglich bereits im Laufe des Jahres 1967 mit einer Vorlage an ihre Auftraggeber aufwarten

<sup>1</sup> Erschienen im Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz, Bischofsplatz 6.

wollten. Und die «radikale Linksorientierung der deutschen Katholiken»? Wer die Unterschriftenliste durchgeht, wird leicht feststellen können, was sich da an üblen «Linkskatholiken» versammelt hat.

Für die zweite Indiskretion gab sich «*Die Welt am Sonntag*» vom 18. Februar 1968 her. Hier wurde dem «Bensberger Kreis» schlicht unterstellt, er habe sich ohne Erfolg bei Kardinal Döpfner und beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken um eine Befürwortung des Memorandums bemüht. Das Gegenteil ist der Fall. Der Kardinal und das Generalsekretariat des Zentralkomitees wurden nach der ersten Sitzung des Kreises lediglich über die Projekte informiert. Erst im Januar 1966 wurde beiden ein Entwurf zur vertraulichen Kenntnisnahme übersandt. Kardinal Döpfner wurde zusätzlich mitgeteilt, daß eine inhaltliche Stellungnahme nicht erwartet werde, man ihn indessen sehr bitte, «Hüter eines guten Stils» in der öffentlichen Debatte zu sein.

Nur zwei Tage nach dem Bericht in der «Welt am Sonntag» lag eine große *dpa*-Meldung über wesentliche Teile dieses Vorentwurfs auf den Tischen der Nachrichtenredaktionen. Bis heute weiß der «Bensberger Kreis» nicht, wer für die drei Indiskretionen verantwortlich ist.

Der so offensichtlich immer wieder beabsichtigte Druck auf die «Polenkommission» hatte nicht den gewünschten Erfolg. Alle Bemühungen waren letztlich umsonst. Aus dem geheimnisumwitterten «Bensberger Kreis» wurde auch auf diese Weise ein neuer Faktor im Katholizismus und in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Seine schärfsten Gegner haben mitgeholfen, ihn politisch aufzubauen.

Das Echo in der Öffentlichkeit ist über Erwarten groß. Ein neuralgischer Punkt der deutschen Politik war getroffen. Schlagzeilen machte vor allen Dingen, was das Dokument zum *Oder-Neiße-Problem* ausführte. Es heißt da:

«Niemand von uns kann die Augen davor verschließen, daß ein Volk, dessen politische Führung einen Krieg vom Zaun gebrochen und verloren hat, nicht nur tatsächlich, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit dafür zu haften hat. Dieser Haftungspflicht, die die deutsche Nation als ganze trifft, können wir uns nicht entziehen, wenn wir den Frieden ernsthaft wollen. In ihr liegt beschlossen, daß wir über Schadenersatz und individuelle Wiedergutmachung hinaus auch politische Nachteile hinzunehmen haben. Dabei können auch Gebietsverluste nicht prinzipiell ausgeschlossen werden» (Seite 13f.).

Herr Staatssekretär a. D. *Nahm*, dem das große Verdienst zukommt, sich ständig um eine gute Gesprächsatmosphäre zwischen den katholischen Vertriebenenverbänden und dem «Bensberger Kreis» zu bemühen – er selbst ist Präsident des «Katholischen Flüchtlingsrates» –, hat inzwischen mehrfach öffentlich erklärt, daß die katholischen Flüchtlingsvertreter bereit gewesen seien, sich mit den Thesen des Memorandums bis zu diesem Punkt zu identifizieren. Nur mit dem «Angebot des Totalverzichts» habe man sich nicht einverstanden erklären können:

«Da sind wir der Meinung, wenn man überhaupt Verhandlungen wolle – und das steht im Dokument der ‚Bensberger‘, daß sie das wollen –, dann kann man den Verhandlungsgegenstand nicht vorher total verschenken» («Christ und Welt», vom 15. März 1968, Seite 12).

Wie heißt es im Memorandum weiter?

«Geht man davon aus, daß dieses territoriale Verfügungsrecht an die Achtung des Heimatrechts gebunden ist, so müssen wir bereit sein, auch die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die 1945 ‚unter polnische Verwaltung‘ gestellten Gebiete inzwischen von Polen bewohnt und in das Land und die Staatsordnung Polens integrierte Gebiete geworden sind. Daher wird es für uns Deutsche unausweichlich, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß wir die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht mehr fordern können. Je eindeutiger und je glaubwürdiger das ausgesprochen wird, um so eher wird Polen beginnen zu verstehen, daß für den Fall eines Friedensvertrages ein Feld für Verhandlungen bleibt, das freilich durch eine solche Erklärung sachlich erheblich begrenzt ist. Selbst die Bundesregierung, wengleich sie von Amts wegen Rechtsvorbehalte zu wahren hat, könnte sich jederzeit in einem solchen

Sinne äußern. Es sollte die Kunst der Formulierung eines politischen Willens nicht überfordern, einen nicht ganz einfachen Sachverhalt unmißverständlich auszudrücken. Erst recht aber muß, solange die Regierung sich zurückhält, die Anerkennung dieses Sachverhalts und die Bejahung der daraus zu ziehenden Konsequenzen zur ‚Öffentlichen Meinung‘ werden. Festzustellen, daß sie das tatsächlich ist, dürfte für die Polen relevanter sein als offizielle Erklärungen der Regierung. Diese aber könnte auf Grund solcher Öffentlicher Meinung durch eindeutige Formulierungen sodann das Ihre tun» (Seite 18f.).

Hier wird also gar kein genauer Vorschlag zur Verhandlungsstrategie gemacht, ja bewußt vermieden. Wann die Regierung eine bindende Erklärung abgibt, vor Verhandlungen, geheim oder offen, in Verhandlungen selbst, in welcher Form sie es tut, ob als einseitige Deklaration, als Klausel in einem Vertrag oder als Zusatzprotokoll zu ihm, das war nicht Sache des «Bensberger Kreises».

Um so wichtiger ist es jedoch, die Öffentliche Meinung vorzubereiten:

«Eine Überprüfung und offene Erörterung möglicher neuer Gesichtspunkte vor offiziellen Verhandlungen schwächt keineswegs die Position der Regierung. Im Gegenteil: Der innerstaatliche Spielraum der Öffentlichen Meinung ist für sie von hoher politischer Bedeutung. Ihre Handlungsfreiheit wird größer, wenn dieser Spielraum breiter wird. Die konkreten Wege können nur in einer freimütigen und verantwortlichen Diskussion der Umstände und Möglichkeiten gefunden werden», so heißt es im Memorandum (Seite 20).

▷ Jene Stimmen, die den «Bensbergern» Unkenntnis im politisch-taktischen Einmaleins vorhalten, übersehen, daß zwar für das außenpolitische Handeln die Staatsorgane zuständig sind, diese jedoch in einer Demokratie und bei einer so entscheidenden Sache unmöglich gegen eine massive Volksmeinung regieren können.

▷ Oder verbirgt sich nicht eine weitere Illusion hinter den Einwänden der Gegenseite? Die Anerkennung der neuen polnisch-deutschen Grenze ist kein Preis mehr, für den sich viel einhandeln ließe. Das war allenfalls früher einmal der Fall.

Den Polen wird ihr Gebietsbesitz durch den Schutz ihrer Ost-Alliierten und heute auch durch das deutliche Desinteresse aller Westmächte an einer Grenzkorrektur gesichert. Die Bundesrepublik ist – weitgehend aus eigener Schuld – isoliert und verfügt allein über zu wenig Macht, um noch viel Kapital aus dieser Frage zu schlagen. Als Alternative bleibt ihr: statt weiterhin auf unhaltbaren Positionen zu beharren und damit eine Besserung der Beziehungen zu blockieren, sollte sie einen ersten realistischen Versuch unternehmen, um mit den Polen ins Gespräch zu kommen. Indem sie die territoriale Integrität des polnischen Staates akzeptiert, würde sie eine günstigere Ausgangsbasis für Verhandlungen schaffen; vielleicht könnte sie damit sogar noch heute einen Preis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Händen halten. Warum sollte man es nicht wenigstens auf den Versuch ankommen lassen!

## Reaktionen

Die Reaktionen in der Tagespresse, in den Kirchenzeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen und bei den Politikern waren weitaus besser, als es auf den ersten Eindruck scheinen mag. Natürlich haben sich vor allem die Vertriebenenvertreter, voran ihr Minister, Herr *von Hassel*, hart und negativ, zum Teil explosiv und diffamierend geäußert. Die Presse ist voll davon.

Aber die Stellungnahmen überwiegen, welche die «Bensberger»-Initiative begrüßen, in der Grenzfrage nicht mehr so sehr ein grundsätzliches als eher ein verhandlungstaktisches Problem sehen oder doch zumindest für eine sachlich geführte Diskussion der Thesen plädieren.

Bei den politischen Parteien und im Bundestag deuten sich mittlerweile bemerkenswerte Neuorientierungen an.

Der SPD-Vorstand befaßt sich offiziell mit dem Dokument. Auf dem SPD-Parteitag hat es eine Rolle gespielt.

Der evangelische Arbeitskreis der CDU hat es zusammen mit der neuen EKD-Denkschrift einer Kommission zum Studium anvertraut.

Aus dem Bundestag wurde bekannt, daß die SPD-Fraktion zu beiden Denkschriften eine Stellungnahme ausarbeitet und daß der Ausschuß für auswärtige Beziehungen das Bensberger-Papier zu behandeln gedenkt.

Die Stellungnahmen aus Polen sind unterschiedlicher Art. Bisher sind keine Reaktionen der Regierung und der Parteien bekannt geworden. Um so mehr haben sich regierungsamtliche oder offiziöse Zeitungen und der Rundfunk geäußert. Neben manchem vorsichtigen Lob werden viele Einwände erhoben. Zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gehöre auch die der DDR und der Verzicht auf die Verfügung über Atomwaffen. Darüber hinaus wird offensichtlich eine Stärkung der katholischen Kirche befürchtet. Wer östliche Verlautbarungen zu lesen versteht, wird hinter den nur in Nuancen differierenden Formulierungen die viel erheblicheren tatsächlichen Gegensätze aufspüren. Auch in Polen ist eine neue Diskussion in Gang gekommen.

Was von polnischen Katholiken verlautet, ist ermutigend. Ganz im Gegensatz zu allen Prognosen von Vertretern der katholischen Vertriebenenverbände ist eine große Erleichterung darüber festzustellen, daß endlich nach den evangelischen Christen, sozialistischen Jugendverbänden, FDP-Politikern und anderen auch Katholiken politisches Entgegenkommen zeigen. Auf jeden Fall sollten sich die versöhnungsbereiten Kräfte diessseits und jenseits von Oder und Neiße gedulden, weil der Brückenbau über so tiefe Gräben hinweg sich nicht von heute auf morgen vollziehen kann.

### Miß- oder Un-Verständnis?

Es ist beklagenswert, daß es unter den westdeutschen katholischen Blättern solche gibt, die schadenfroh nur auf die ablehnenden Elemente in den Reaktionen aus Polen verweisen und damit zusätzlich diesen mühseligen Prozeß eines neuen Anfangs zweier aneinander schuldig gewordener Partner erschweren. Der «Bensberger Kreis» versteht sich als Gruppe, die aus christlichen Beweggründen handelt. Das hat man ihm verübelt. Unentwegt wird ihm von Glaubensbrüdern unterstellt, er habe «versucht, seinem Memorandum den gleichen offiziellen Charakter zu geben, der der EKD-Denkschrift eigen ist» («Die Allgemeine Sonntagszeitung», 10. März 1968, S. 12).

Der Bundestagsabgeordnete Czaja, Mitglied des «Zentralkomitees deutscher Katholiken» und der «Arbeitsgemeinschaft der katholischen Ver-

triebenenorganisationen», schrieb im «Echo der Zeit» vom 10. März 1968: «Es ist nicht ein Memorandum der Katholiken, sondern einer kleinen Gruppe von Persönlichkeiten, die sich als ‚führend‘ bezeichnen.»

Dem sei der Satz entgegengehalten, mit dem das Vorwort beginnt: «Die Unterzeichner dieses Memorandums zu polnisch-deutschen Fragen sprechen weder für alle Deutschen noch für alle Katholiken, sie sind Bürger der Bundesrepublik Deutschland, und sie sind Katholiken, sie sprechen für sich selbst und für alle, die ihren Überlegungen und Vorschlägen beizustimmen bereit sind.»

... auch bei der Bischofskonferenz?

Auch die «Erklärung der deutschen Bischofskonferenz zur Denkschrift des Bensberger Kreises» vom 5. März 1968 aus Stuttgart (zitiert nach dpa) brauchen die Unterzeichner des Memorandums in diesem Punkt nicht auf sich zu beziehen. Darin heißt es:

«In dieser Situation weisen die Bischöfe darauf hin, daß in solchen Fragen keine Gruppe von Katholiken die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und ihre Meinung in Anspruch nehmen kann.» (Man übersehe nicht das interessante Wort «ausschließlich»!)

Erklärtes Ziel des Kreises war und bleibt es, eine faire Diskussion, die schließlich eine Pluralität der Meinungen voraussetzt, zu führen. Die Bischöfe haben das nachdrücklich unterstützt, indem sie «alle Formen eines sachlichen Dialogs begrüßen».

Andererseits erklären sie – und das macht ihre Äußerung ambivalent –, daß sie die «Erfolglosigkeit» der «Bemühungen ihres Vorsitzenden und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken um einen Ausgleich zwischen dem Bensberger Kreis und den katholischen Heimatvertriebenen» «bedauern». Die Denkschrift sei «somit die Äußerung einer einzelnen Meinungsgruppe». Ob hier nicht doch noch der Wunsch nach einem politisch einheitlich auftretenden Katholizismus mitschwingt? Es wäre gut, eine solche Wunschvorstellung nicht nur als fiktiv, sondern als für eine pluralistische Demokratie inadäquat zu erkennen. Christen sollten mit der Kraft ihrer Liebe in allen sittlich vertretbaren politischen Formationen zu finden sein. Sie könnten Entscheidendes beitragen, die für den demokratischen Willensbildungsprozeß so fruchtbaren Auseinandersetzungen human zu gestalten, damit sie nicht in zerstörerische Zwietracht ausarten oder sich in lähmendem Konflikt erschöpfen. Sollte man sie nicht dazu ermutigen?

*Dr. Gottfried Erb, Darmstadt*

## DARF DIE KIRCHE «IHR GESICHT VERLIEREN»?

«Die Menschen werden es nicht verstehen!» Wie leicht werden Worte mit dieser Tendenz gebraucht, um den allzu ungestümen Erneuerungsversuchen Halt zu gebieten. Es mögen weise Worte sein, die Öl auf die Wogen gießen. Dennoch kann man sich fragen, ob scheinbare Vorsicht etwa nicht gerade eine gewisse Unvorsichtigkeit bezeugt, wodurch das einmal in Brand geratene Öl nicht gelöscht, sondern weiter Nahrung erhält. Man kann auch allzu vorsichtig sein, wenn man mithilft, daß notwendig gewordene Reformen hinausgeschoben werden. Es hat sich, um ein Beispiel aus unseren Tagen zu nennen, als verwirrend erwiesen, die liturgische Erneuerung allzu ruhig nacheinander durchzuführen. So sahen wir etwas auftauchen, das nicht Fisch noch Fleisch ist, die Traditionalisten unmöglich befriedigen kann, zur gleichen Zeit aber auch jene enttäuscht, die ernsthaft das, was wir nun eigentlich mit der Liturgie beabsichtigen, weiter durchdacht haben.

Ein anderes Beispiel: In der Verkündigung wollen wir besonders «erschütternde Äußerungen» vermeiden. Eine weise Besonnenheit zeigt sich darin. Leider aber ist die Folge bisweilen der guten Absicht entgegengesetzt. Die Zuhörer erhalten den Eindruck, daß man nur um die Sache

herum redet; die Konservativen werden nicht von ihrer Furcht befreit, daß auch jetzt wieder «niedergerissen» wird; Gläubige aber, die in ihrem selbständigen Glaubensdenken nach einer Stütze ausschauen, ärgern wir mit seichten Kompromissen. Wer immer nur fürchtet, daß «Menschen es nicht verstehen werden», kommt schließlich so weit, daß ihn niemand mehr versteht und daß jung und alt, konservativ und «modern» sich enttäuscht fühlt.

Ich möchte hier ein Detail ins Auge fassen, wo die Angst, «die Frommen nicht zu verwirren», der Kirche ersten Schaden zufügt. Es geht um die Tatsache, die manches Ärgernis erregt, nämlich das Unvermögen der offiziellen Kirche, begangene Fehler einfachhin öffentlich wiedergutzumachen – es kann sich dabei um Fehler in der Amtsführung oder sogar um ändern zugefügtes Unrecht handeln. Wenn man bei höheren Kreisen anläßlich konkreter Vorfälle einen Wunsch in dieser Richtung vorbringt, hört man leicht die ausweichende Antwort: «Die Menschen werden es nicht verstehen.» Bisweilen aber sieht es so aus, daß diese «seelsorgerische Bekümmernis» eigentlich einen ändern Inhalt hat, nämlich die Sorge: «Die Kirche darf ihr Gesicht nicht verlieren», oder vielleicht sogar: «Ich kann ja mein Gesicht nicht verlieren.»

## Wert und Gefahr der Institution

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei an erster Stelle bemerkt, daß es sich hier nicht um einzelne Personen der kirchlichen Behörden handelt, sondern um eine allgemeine Geistesverfassung, an der alle Glieder der Kirche mitschuldig sind. Wenn nämlich falsche Begriffe von Autorität und Unfehlbarkeit, von der Ehrfurcht und Traditionsgebundenheit dazu geführt haben, daß einige Gläubige jede öffentliche Anerkennung, kirchliche Führer hätten gefehlt, als unmöglich erachten, so ist das nicht in erster Linie die Schuld dieser Führer, sondern eher die Äußerung einer bestehenden Fehlhaltung in einem Teil der kirchlichen Gemeinschaft.

Es kann natürlich geschehen, daß irgendein Amtsträger in der Ausübung seines Amtes zuviel sich selbst sucht; es mag mal passiert sein, daß eine kindische Sehnsucht nach «violett» die Schmeichelei gefördert hat oder wenigstens eine kritiklose Folgsamkeit ohne schaffende Initiative veranlaßt. Ohne Zweifel bedroht aber eine derartige Haltung die Kirche als Institution. Es ist eine Gefahr, die sich in jeder Institutionalisierung vorfindet. Das Institutionelle, wie sehr es für das Leben einer Gemeinschaft notwendig ist, hat ja dennoch – wie alles Irdische – auch seine Schattenseiten: in diesem Fall, daß das «Leben» durch den «Apparat» erstickt werden kann. An und für sich ist das Institutionelle für das Leben einer Gemeinschaft notwendig wie das Skelett für das menschliche Leben. Wenn aber wegen Arterienverkalkung oder Erstarrung «die Skelettierung» eine Last wird, stirbt auch das Leben ab.

Das Anerkennen der eigenen Fehler ist als Pause der Selbstbesinnung eine Äußerung des fortschreitenden Lebens – um dann um so besser von neuem weiterzugehen –, während der «Apparat» selbstverständlich mehr darauf bedacht ist, die eigene Position, die Macht, das Prestige zu bewahren. Kein Wunder, daß in einer Kirche, worin – übrigens mit Recht – dem Institutionellen viel Aufmerksamkeit geschenkt wird, die Gefahr der Erstarrung größer sein kann als in freieren, loser zusammenhängenden Bewegungen. Es wird deshalb von vornherein zu erwarten sein, daß gerade in kirchlichen Kreisen Menschen hochgekommen sind, für die Macht, auch persönliche Macht, und persönliches Ehrgefühl als wichtiger erlebt werden als jene «verschwommeneren» Werte wie Schaffensmut und Initiative, offenes Auge für die tatsächliche Welt, Dienstbarkeit oder Ehrfurcht vor dem Leben und Denken des gemeinen Mannes.

Es ist keine Schande, scheint mir, diese Gefahr innerhalb der Kirche zu erkennen. Weshalb sollte sie ganz der irdischen Wirklichkeit, wovon sie ein Teil ist, entzogen sein?

Man darf also nicht die einzelne Person der kirchlichen Behörden verurteilen, wenn man feststellen muß, daß die «Menschen ohne Stimme» auch in der Kirche so leicht gegen eine Wand der Gleichgültigkeit anrennen, wenn eine so einfache Frage gestellt wird wie: «Kann die Autorität auch Fehler eingestehen und wiedergutmachen, und zwar öffentlich, wenn der Fehler öffentlich war?» Dergleichen bedauernde Erfahrungen von allzu vielen Menschen geben kein Recht, Personen zu beschuldigen; sie machen es aber allerdings zur Pflicht, eine gewisse Autoritätsauffassung neu zu überdenken. Es mag sein, daß einer persönlich sehr demütig und einfach ist, es aber dennoch nicht dulden kann, daß das Institut, womit er sich verband, «beleidigt wird». Als Papst Paul VI. für eine etwaige Schuld, die die katholische Kirche an der Spaltung der Christenheit haben könnte, um Verzeihung bat, ging dieses Bekenntnis sogar einigen höheren Autoritäten zu weit. Die Reaktion ist einerseits zwar verständlich. Sie ist Ausdruck eines allgemein menschlichen Charakterzuges, der menschliche Gemeinschaften oft so hartherzig macht: der Kollektivistolz, die kollektive Überzeugung des eigenen Rechtes. Dies kann mit einem persönlich guten Herzen zusammengehen, aber unter bestimmten Umständen kann es sogar dazu führen, daß man die eigene

Verantwortlichkeit um des Prinzips «Befehl ist Befehl» willen vergißt oder daß man sich unter der Maske von «right or wrong: my country!» den Verbrechen der eigenen Nation verschließt.

Es ist eine allgemeine soziologische Tatsache, daß Identifizierung mit dem Institut sogar bei Menschen, die für persönliche Fehler nicht blind sind, in Hinsicht auf offizielle Fehler einen blinden Fleck bewirkt. Deswegen ist es verständlich, daß auch die Kirche davon nicht ganz frei ist. Nationalismus, Rassismus, Parteitreue oder Kirchentreue, wenn sie übertrieben werden, können in dieser Hinsicht gleichgestellt werden.

## Buße und Wiedergutmachung

Obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, daß Fehler wiedergutmacht werden müssen, ruft diese Rechtsforderung in der Kirche ziemlich oft kräftigen Widerstand hervor. Indem man gerne auf eine «große Vergangenheit» zurückschaut, weist man in einem Atemzug darauf hin, daß wir doch besonders «das Positive» sehen mögen und nicht immer auf die Fehler zurückgreifen sollen, die nun einmal gemacht sind und die eben unvermeidlich sind. Ich möchte hierüber einige Bemerkungen zur Erwägung vorlegen:

In einer langen Praxis, deren Richtigkeit vor kurzem vom niederländischen Episkopat bestätigt wurde (16. März 1965), fordert die Kirche vom Menschen, daß er seine Schuld bekennen soll, so oft er im Sakrament der Beichte um Verzeihung bittet. Es ist schwer zu sehen, weshalb diese Forderung des Schuldbekenntnisses nicht auch gelten soll, wenn es Würdenträger betrifft, die in der Ausübung ihrer Funktionen andere verletzt oder enttäuscht haben.

Diese Forderung mag den Anschein eines «Autoritätsargumentes» haben, ihr Sinn wird tiefer erkannt, wenn wir den psychologisch so richtigen Grund einer derartigen Forderung betrachten. Das Sakrament der Beichte ist ja ganz besonders «positiv» und auf die Zukunft hingewandt, ist es doch der Ausdruck eines neuen Bewußtwerdens der liebevollen Einladung Gottes an uns. Dennoch ist es psychologisch schwer anzunehmen, daß jemand sich wirklich für die Zukunft bessern will, solange er Fehler der Vergangenheit nicht nüchtern ins Auge faßt.

Dies bleibt auch bei der individuellen Seite in unserem Problem gültig. Offizielle Mängel der Behörden in der Ausübung ihres Amtes haben aber naturgemäß immer einen sozialen Rückschlag. Mehr noch als Reibungen zwischen Einzelpersonen können öffentliche Fehler das Vertrauen erschüttern. Die Praxis zeigt nun nur zu oft, wie man einem zwar verspricht, im nächsten Fall nicht denselben Fehler zu begehen, doch wird dieses Versprechen in den folgenden Fällen offenbar leider nicht eingehalten. Der Geschädigte verzichtet meistens auch, weiter auf irgendeine Rehabilitierung zu drängen, aus der Erwägung heraus, daß er diese nur bekommen würde, indem er die Angelegenheit veröffentlicht. Unter Berufung auf die Notwendigkeit, das Ärgernis der einfachen Gläubigen zu vermeiden, läßt sich aber der Betroffene davon abhalten. Wie traurig ist dann später die Feststellung, daß die Behörde aus dieser Erfahrung nicht genügend gelernt hat. Man kann dann nicht einmal den Trost genießen, das eigene Leid habe doch zu einer Verbesserung beigetragen. So bekommen gute Worte, die man erhalten hat, den Charakter einer unverbindlichen «kleinlichen Art, den Kläger loszuwerden».

De facto braucht hier keine böse Absicht mitzuspielen. Aber so lange man einen begangenen Fehler, der für das Opfer Folgen und manchmal auch öffentlich sich zeigende Auswirkungen hat, nicht ehrlich und öffentlich als solchen bekennt, bleibt es sehr schwer einzusehen, ob die Obrigkeit diesen Fehler überhaupt bei sich selbst klar als Fehler erkannt hat. Wahrscheinlich ist man allzu leicht darüber hinweggegangen, weil man «wohl mehr und anderes zu tun hat». Tatsächlich zeigt sich dann auch öfter, daß der gleiche Fehler sonstwo wiederholt wird. Auch in diesem neuen Fall kann man dann behaupten, daß es nicht noch einmal passieren werde und daß man weiter nicht darüber reden möge, um einfache Seelen nicht zu erschüttern. Aber wenn derartige Fälle sich häufen, werden sie schließlich doch ruchbar. So wird das Vertrauen in die kirchliche Autorität, das in unserer Zeit sowieso stark angeschlagen ist, noch mehr erschüttert, weil

ein ehrliches Bekennen der Schuld oder des Mangels ausbleibt, wobei man das Ausbleiben gerade mit den Worten verteidigt: «daß man nicht unnötigerweise erschüttern soll».

► Vielleicht könnte man es so sagen: Auch die offizielle Kirche kann nur dann wirklich Fortschritte machen, wenn sie sich fortwährend «bekehrt» und sich bewußt ist, unter Gottes Urteil zu stehen, selbst wenn dieses Urteil sich in den Forderungen der Menschen, die an der Kirche gelitten haben, meldet.

### Unfehlbarkeit und Schuldlosigkeit

Die Erkenntnis, daß die Kirche, auch in ihren offiziellen Würdenträgern, bisweilen irren kann – an erster Stelle in praktischen Fragen –, und daß sie selbst ungerecht gehandelt haben kann, scheint der katholischen Gemeinschaft oft nur schwer einzugehen. Der Grund ist vor allem darin zu suchen, weil sich allmählich eine merkwürdige Auffassung von der «Unfehlbarkeit der Kirche» herausgebildet hat. Aus der Zeit, da ich die Volksschule besuchte, erinnere ich mich noch, wie ein ausgezeichnete Lehrer uns damals lachen machte über «diese Protestanten», die glauben, daß «der Papst bei uns nicht zu beichten brauche». In der heutigen Katechese würde man sich wohl anders ausdrücken. Das verhindert aber nicht, daß der inzwischen verstorbene Lehrer sich in seinem Grab umdrehen würde, wenn er hören müßte, wie selbst Katholiken – aber nicht seine Altschüler – die Begriffe «Unfehlbarkeit» und «Schuldlosigkeit» verwirren. Pastoral gesehen ist es deshalb von Bedeutung, klar herauszustellen, daß kein einziger kirchlicher Würdenträger, nicht einmal der Papst, in allem, was er sagt, unfehlbar ist und daß auch de facto viel weniger unfehlbar zu nennende Aussprüche gemacht werden, als der Laie gewöhnlich annimmt. Papst Paul hat neulich darauf hingewiesen, wie die Stellung des Nachfolgers Petri sich als ein Hindernis für die Ökumene zeigt. Er hätte auch hinzufügen können, daß der Stuhl Petri selbst für viele Katholiken ein Stein des Anstoßes ist. Dieses Problem ist natürlich nicht mit einer Aufhellung der Begriffe «Unfehlbarkeit» aus der Welt geschafft. Über Sinn und Umfang der Unfehlbarkeit stimmen ja sogar die Fachtheologen nicht überein.

► Frei von aller theoretischen Problematik würde die tatsächlich herrschende Lehre schon viel von ihrem hinderlichen Charakter verlieren, wenn wenigstens die Ausübung der Autorität nuancierter und demütiger zu erfolgen pflegte. Namentlich das ruhige Zugeständnis, daß auch bei Würdenträgern Fehler selbstverständlich möglich sind, könnte schon manches Gute ausrichten. Dies würde übrigens ehrlicher sein und mehr dem Dogma entsprechen.

Weil man in weiten Kreisen, sowohl unter Katholiken als anderswo, meint, das Dogma der Unfehlbarkeit sei ein Hindernis für eine derartige demütige Haltung, scheint es um so wichtiger zu sein, in Taten zu zeigen, daß solche Ansichten ein Mißverständnis sind. Die Kirche könnte dies zeigen, indem sie öffentlich und klar bekennt, daß sie auch in der jüngsten Vergangenheit Fehler gemacht hat, und indem sie sich angewöhnte, sich denen gegenüber zu entschuldigen, die wegen eines Mangels an Einsicht der offiziellen Kirche viel Gewissensnot erlitten haben.

Trotz allen volkstümlichen Auffassungen war es niemals offizielle Lehre, die Kirche sei in ihrer höchsten Autorität ganz ohne Fehler. Wie kommt es aber, daß man höheren Orts diese Verwirrung zwischen Unfehlbarkeit in der Lehre in großen Angelegenheiten einerseits und persönlicher Unfehlbarkeit bei nahezu allen Würdenträgern in kleinen Angelegenheiten andererseits gefördert hat? Denn faktisch hat man solches getan, einfachhin indem man immer wieder das gute Recht der offiziellen Kirche verteidigte, selbst dort, wo Änderungen und Verbesserungen sich als notwendig erwiesen. Ist es schließlich nicht eine Angst – die vielleicht mit einem bestimmten Zeitbild zusammenhängen kann –, eben die Angst, «sein Gesicht zu verlieren»?

So gab es auch eine Zeit, wo ein Familienhaupt Gehorsam fordern durfte, einfachhin «weil ich es sage». Diese Zeit ist jetzt in unserer Kultur vorüber. Heutzutage gewähren vernünftige Eltern schon kleinen Kindern – natürlich ihrem Alter angepaßt – Einsicht in das «Warum». Wenn Vater oder Mutter sich irren, wird man das leichter verstehen. Dadurch verlieren sie ihre Autorität nicht, im Gegenteil, diese Haltung flößt Sympathie ein, Sympathie aber bewirkt Vertrauen, und Vertrauen Autorität. Autorität ist ja nicht etwas, das jemand automatisch mit der Funktion erhält. Autorität, auch wenn sie an erster Stelle von außen zu kommen scheint, zum Beispiel durch eine offizielle Anstellung, wird erst zu einer sinnvollen und wirksamen Autorität durch die Ausübung selbst. Man kann eine Ernennung erhalten und damit auch Anrecht auf etwas geistlichen «Kredit» haben: Autorität empfängt man aber nicht von oben her, sondern indem man sich als Autoritätsträger anerkannt zu machen weiß, und zwar nach den Strukturen der bestehenden Gesellschaft. Die heutige Gesellschaft ist kritisch, fordert Offenheit und keine Geheimniskrämerei, verlangt Verantwortung und die demütige Bescheidenheit, etwas aufzugeben, wo sich das als erwünscht oder notwendig erweisen sollte. In dieser kulturellen Situation kann nur jemand, der imstande ist zu sagen, «ich habe mich geirrt», wirkliche Autorität erlangen.

Dies scheint mir eine Frage der Praxis zu sein, die nichts gemein hat mit Aussprüchen wie «die Kirche ist nun einmal keine Demokratie». Es geht darum, daß die kirchliche Autorität, auch wenn sie von «oben her» eingesetzt ist, dennoch nach unten hin funktionieren muß, und dies nach Verhaltensregeln, die in der bestehenden konkreten Gesellschaft gültig werden.

### Erneuerung der Kirche

Die Erneuerung innerhalb der Kirche bringt viele Gläubige in Verwirrung. Solche Verwirrung ist schwer zu vermeiden, war man doch gewöhnt, alles, was die Kirche tut und lehrt, ohne weiteres als gut und ewig gültig zu betrachten. Daß diese Meinung so ohne Nuancierung aufkam, war auch eine Folge der zeitgebundenen Predigt.

Es würde nicht gerecht sein, allzu streng über diese Predigten zu richten. Auch früher wurden schon Stimmen laut, die versucht haben, das, was heute Gemeingut geworden zu sein scheint, auszusagen. Doch autoritärer Druck, Machtausübung und selbst Machtmißbrauch haben hier und da kluge, warnende und prophetische Stimmen zum Schweigen gebracht. Ohne dies der offiziellen Kirche von damals, die man auch in ihrer Zeit sehen muß, allzu heftig vorzuwerfen, darf man doch wohl zugestehen, daß jene Handlungsweise, wie alles Menschenwerk, nicht ganz schuldlos war. Weshalb sollte die Kirche dies nicht auch offiziell anerkennen? Eine derartige posthume Rehabilitierung einer Anzahl Bahnbrecher – es mag sogar dahingestellt bleiben, ob diese selber auch Fehler hatten – würde ein klares Zeichen der heute gewachsenen Überzeugung sein, daß die Kirche wahrhaftig nicht immer recht gehabt hat, daß sie ständig der Erneuerung bedürftig ist. Es würde ein kräftiges und pastoral bestimmt verantwortbares Mittel sein, das manche Gläubige, die heute wegen der Erneuerungen verwirrt sind, beruhigen könnte.

Dies drängt sich um so mehr auf, weil Christen, die nur schwer den Gedanken einer sich ändernden Kirche verstehen, sich nur zu gern an das Vorurteil festklammern, alle diese Erneuerungen wären nur das böse Spiel einer Anzahl aus dem Gleichgewicht geratener Jungpriester. Dieses abfällige Urteil erhält ständig weitere Nahrung aus der einseitigen Art und Weise, wie man «höheren Orts» «Besorgnis» auszusprechen pflegt, ohne daß gleichzeitig auch die bahnbrechende und prophetische, jetzt und auch in der Vergangenheit geleistete Arbeit ebenso offiziell anerkannt würde.

Die Erneuerung der Kirche wird von einigen Kreisen nicht Evolution, sondern Revolution genannt. Wenn das, in Anbe-

tracht der offiziellen Anpassungsschnelligkeit, doch wohl etwas übertrieben zu sein scheint, kann man jedenfalls nüchtern zugestehen, daß in unseren Tagen, und zwar auf allen Gebieten der menschlichen Gesellschaft, so etwas wie eine Revolution im Gange ist. Es werden noch viel mehr fest begründete Ansichten und Mächte, als wir es bis jetzt sahen, umgeworfen werden. Wenn die offizielle Kirche nicht die Demut hat, aus eigenem Antrieb zu bekennen, daß Fehler gemacht wurden, wird sie noch mehr an Autorität einbüßen: es wird dann ja gar nicht zu verstehen sein, weshalb es ihr so schwer fällt, sich den Zeitverhältnissen anzupassen.

Enttäuschungen sind meines Erachtens in einer Erneuerungsperiode unvermeidlich. Man könnte ihnen aber einigermaßen begegnen, indem man in klarer Sprache und in aller Offenheit gesteht, daß die kirchlichen Behörden viel zu lange zugewartet haben, sich so manche Errungenschaften der Welt aus den letzten Jahrhunderten eine Lehre sein zu lassen. Sie könnten dann ehrlich erklären, daß dieses Unvermögen teilweise dadurch verursacht wurde, weil eine falsche Auffassung der kirchlichen Autorität sie behindert hat. Es wäre gut, wenn auf kluge und klare Weise gezeigt würde, daß die heutigen Schwierigkeiten zum Teil auch durch die kirchliche Autorität selbst verschuldet sind, weil man zu lange zögerte. Wenn die Kirche – wenigstens im eigenen Land – zu etwas Derartigem kommen könnte, würde das Nachholen des Rückstandes zwar ebenso mühselig bleiben, aber es würde wohl mehr Verständnis und Rücksicht bei zahllosen, zu Recht ungeduldrigen Christen hervorrufen.

#### Vorläufige Stellungnahmen

Die Erneuerung ist noch nicht abgeschlossen. Regelmäßig wird es deshalb auch notwendig sein, auf eine vorläufige Stellungnahme zurückzukommen. Vor einigen Jahren, um ein Beispiel zu nennen, kam in Holland der Wunsch auf – gestützt auf theologische Einsichten und pastorale Erfahrungen der Praxis –, das neugeborene Kind erst zu taufen, wenn auch die Mutter an der Taufe teilnehmen kann. Gegen diese neue Praxis kam zuerst Widerstand von oben her. Später aber empfahlen die Bischöfe selber ein derartiges Vorgehen. In der Instruktion konnte man lesen, daß die Bischöfe die «veränderten Lebensumstände» berücksichtigten. Aber würde es nicht etwas sympathischer und somit vertrauenerweckender und deshalb autoritätvoller gelautet haben, wenn sie ritterlich zugegeben hätten, daß die Praxis, trotz Mißbilligung von oben her, durchgedrungen sei? Als Seelsorger versucht man gerne, Verständnis für die Schwierigkeiten der Leitung in dieser Zeit zu wecken, man kann aber schwer Verständnis für solche Führer heranbilden, die selber alles in Händen haben wollen, sich aber wegen früheren Irrtümern nicht entschuldigen können.

Die heutige Erneuerungsperiode macht uns bewußt, daß Erneuerung zum Wesen der Kirche gehört. In der Erneuerung zeigt sich, daß die Entwicklung unmöglich einzig von oben ausgehen kann, daß vielmehr auch dem Suchen der Praxis ein schöpferischer Wert zukommt. Daß dies nicht eher gesehen wurde, ist wohl dem Umstand zuzuschreiben, weil man praktisch eine Glaubenswahrheit vergessen hatte, nämlich daß der

«Geist über alle Menschen ausgegossen ist» (Apg 2,17) und darum «alle Gott kennen werden, ob klein oder groß» (Jer 31,34). Faktisch bedeutet dies eine gewisse Einseitigkeit abendländischer Theologie, indem sie die Rolle des Heiligen Geistes im allgemeinen und der geistlichen Gaben jedes Gläubigen im besonderen unterbewertete. Wegen des vielbedauerten Juridismus hat man in der Vergangenheit dem «theologischen Fundort», wie doch auch das spontane Erfahren der Gläubigen und die tägliche Praxis ein solcher sein soll, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Man könnte es auch so sagen: Der Gläubige lernte zwar sich abhängig zu wissen vom allmächtigen Vater, der dann in neblige Ferne rückte und schließlich von der väterlichen Autorität der kirchlichen Behörde vertreten wurde. Zu wenig lehrte man ihn, daß er auch auf den nahen Gott hören darf und muß, auf den Geist Gottes, der sich in immer neuen Anrufen des Gewissens und in dem fortschreitenden Lauf der Menschheitsgeschichte kundgibt.

In unseren Tagen ist es von besonderer Bedeutung, über das Wesen des Wachstums, der Entwicklung, der Evolution, der Geschichte zu predigen, die wir gläubig als Ausstrahlungen der geistlichen Stoßkraft Gottes in der Schöpfung deuten können. Für unser Thema haben wir uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß dieses Wachstum in unserer sündigen Welt in seiner Stoßkraft gehemmt wird, so daß man immer Gutes und Böses durcheinander vermischt finden wird. In jeder Zeit – auch in unserer natürlich – bleibt es wahr, daß authentischem Fortschritt auch durch menschliches Manko Einhalt geboten wird. Wenn man deshalb die Vergangenheit auf Kosten der Wahrheit beschönigen will, handelt man eigentlich dem Glauben zuwider, der ja sowohl die Wirkung des Heiligen Geistes wie den hemmenden Widerstand der «Erbsünde» lehrt.

Mit einer bisweilen ärgerlichen Regelmäßigkeit sagt man höheren Orts aus, «Besorgnisse» zu haben über gewisse Entwicklungen in der Kirche von Holland. Selbstverständlich sind «Besorgnisse» immer berechtigt, aber wenn sie einseitig wiederholt werden, kann das leicht lähmend wirken und so das Gute ebenso sehr verhindern. Derartige «Führung» ahmt nicht den Herrn der Ernte nach, sondern macht sich die Auffassung der Feldarbeiter aus der Parabel zu eigen, die das Unkraut am liebsten ausrotten möchten, nötigenfalls auf Kosten des wachsenden Getreides (vgl. Matth 13,28 ff.). Wenn man Besorgnis äußern will, sollte man auch darum wissen, daß alles Wachstum auch Mißwachs in sich trägt. Diese Einsicht würde sich offenbaren, indem man in bezug auf die Vergangenheit heute nicht nur die guten, sondern auch die schlechten Seiten ehrlich und auch offiziell eingestehen würde. Um die zitierte Parabel auf unseren Gegenstand anzuwenden: heute erleben wir eine Zeit der Ernte, worin vieles eingebracht wird, wofür unsere Vorfahren geschwitzt haben. Dafür dürfen wir dankbar sein. Aber dann dürfen wir auch das Unkraut entfernen, wie der Herr in der genannten Parabel für die Zeit der Ernte empfiehlt.

*Mr. J. Weijtens SJ, Schiedam (Holland)*

## «DIE FÜNF WUNDEN DER KIRCHE»

Rosmini wieder aktuell

Erstmals erschien das Buch über «Die fünf Wunden der Kirche», das 1966 neu aufgelegt wurde, im Jahre 1848. Den Titel entlehnte Rosmini einer Rede Innozenz' IV. auf dem Konzil von Lyon. Das Buch hatte sofort einen großen Erfolg und wurde von vielen Verlegern in- und außerhalb Italiens nachgedruckt. Pius IX. soll es in seiner enthusiastischen, aber kurzen Reformperiode geschätzt haben. Unter dem Einfluß Kardinal Antonellis und der österreichischen Partei wurde es jedoch 1849 auf den Index gesetzt.

Unser Artikel scheint uns in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Einmal erstaunt es, daß die im besten Sinn aufbauende Kritik des eher konservativen Denkers *Rosmini-Serbatì* († 1855), der ein Freund Don

Boscos, Pius' X. und (zu Anfang seiner Regierungszeit) auch Pius' IX. war, dennoch auf den Index kam und bis 1966 auf dem Index blieb. Ähnlich wie bei Rosminis philosophischen Schriften, aus denen 1887 vierzig Sätze vom Heiligen Offizium verurteilt worden waren (auch diese stehen heute vor einer Revision), muß gesagt werden, daß diese Verurteilungen letzten Endes keineswegs auf einer authentischen Auslegung des Evangeliums oder der reinen Absicht, den Glauben zu bewahren, beruhten. Vielmehr waren parteipolitische oder Systemgründe die entscheidenden – wenn auch vielleicht unbewußten – Beweggründe dieses Vorgehens, und zwar in einem Maß, das doch sehr nachdenklich stimmt. Zweitens über-

rascht, daß die «Wunden», die Rosmini wohl mit Recht auf eine verderbliche Verquickung von Kirche und Staat zurückführt, wenigstens teilweise auch heute noch, da Kirche und Staat getrennt sind, von gewissen Konservativen mit «theologischen» Gründen verteidigt werden, als seien es die verklärten Wunden des Auferstandenen. Rosmini war gewiß seiner Zeit erstaunlich voraus. Vielleicht ist es auch heute der eine oder andere ...

Unser Autor, P. Claude Leatham, ist selber Rosminianer und hat eine wichtige Biographie über Rosmini geschrieben. Er war während vieler Jahre Präsident von Ratcliffe College und ist jetzt Dozent in Amerika.

*Die Redaktion*

Rosmini kennt man vielleicht durch seine kleine Ordensgemeinschaft der Rosminianer, meist aber nur durch die vierzig Sätze im Denzinger, die vom Heiligen Offizium rund fünfunddreißig Jahre nach seinem Tod verurteilt wurden. Kürzlich wurde sein Buch «Die fünf Wunden der Kirche» vom Index entfernt, und das machte die Öffentlichkeit wieder mehr auf ihn aufmerksam. Zu seinen Lebzeiten wurden seine Lehren durch die Indexkongregation einer vier Jahre währenden Prüfung unterzogen; obwohl die Konsultoren dem Papst, der persönlich die Schlußsitzung präsierte, anrieten, den Namen Rosminis reinzuwaschen, wurde die Angelegenheit nicht publik gemacht. Rosmini erhielt lediglich eine private Mitteilung, seine Werke seien «freigesprochen» worden. Aber er beklagte sich nicht, obwohl er, öffentlich der Häresie beschuldigt, die Auswirkungen einer öffentlichen Untersuchung auf seine Ordensgemeinschaft fürchtete. Nach einem Leben der Verteidigung katholischer Lehre und besonderer Ergebenheit gegenüber dem Heiligen Stuhl traf ihn dieser Schlag schwer und verkürzte ihm das Leben.

Im Gegensatz zu vielen Liberalen unserer Tage stellte Rosmini das Recht des Heiligen Stuhles, sein Werk zu beurteilen, nie in Frage. Seine Ansicht war ganz einfach:

Mein Glaube ist auf der Autorität von Gottes Offenbarung gegründet, der seine Wahrheit durch die Kirche bekanntmacht ... Ich wurde nicht geboren, um ein Gelehrter zu werden, noch um Ruhm bei den Menschen zu erwerben ... Ich wurde geboren, um zu glauben, um als ergebener Sohn der Kirche der Versprechen Christi würdig zu werden ... Mein Schatz ist mein Glaube, und auch mein Herz ist dort. Angenommen, der Apostolische Stuhl, mein Lehrer und der Lehrer der ganzen Welt, würde in meinen Schriften etwas Unorthodoxes finden, so würde es mir keinerlei Schwierigkeiten bereiten, in einer öffentlichen Erklärung meinen innerlich unerschütterten Glauben nur um so klarer hervortreten zu lassen ... Ich wünschte mir beinahe, in unfreiwilligen Irrtum zu fallen (sofern das niemandem schadete), um so ein edleres und feierlicheres Glaubensbekenntnis ablegen zu können.<sup>1</sup>

Um die «Fünf Wunden» zu verstehen, ist es notwendig, die Umstände zu erfassen, in denen dieses Buch geschrieben wurde. Es erschien in den Tagen großer Hoffnungen des Risorgimento, dessen Held damals Pius IX. war. In seinem Namen erhoben sich die meisten italienischen Staaten gegen den Feudalismus und gegen die Hand Österreichs, die schwer auf der Bewegung für Italiens Einheit lastete. Pio Nonos Beliebtheit kann nur mit der Johannes' XXIII. verglichen werden. Das Buch war zwar 1832 in ganz andern Umständen geschrieben worden, «zur Beruhigung meiner Seele», wie sich Rosmini ausdrückte. Aber er veröffentlichte es zu einer Zeit, da er glaubte, Pius IX. werde die Kirche reformieren.

Als ein Untertan Österreichs aus dem Tirol war Rosmini mit den Mißbräuchen vertraut, welche die Bevormundung der Kirche mit sich gebracht hatte. Die Bischöfe wurden, wie in allen katholischen Ländern, vom Staat ernannt. Konkordate waren «Abkommen von Kindern mit ihrer Mutter». Die Kirche war unter der Last gewaltiger Besitztümer «wie David in der Rüstung Sauls kämpfend». Rosmini sah voraus, daß die neuen Nationen diesen Besitz wegnehmen und deshalb der Exkommunikation verfallen würden, so daß nicht nur Besitz, sondern auch Seelen verloren gingen. Die Bischöfe der verschiedenen Nationen hatten keine Verbindungen untereinander. Die Bischöfe in Italien waren seit Trient nicht mehr zusammengelassen; der Zugang zum Heiligen Stuhl war ihnen verwehrt. Rosminis eigene Ordensgemeinschaft wurde aus den österreichischen Besitzungen ausgewiesen, weil er Verbindungen mit Rom wünschte. Er

schrieb den unveränderten Stand der Liturgie der mangelhaften Ausbildung des Klerus zu.

Mit seinem festen Glauben an die Rolle der Vorsehung in der Geschichte sah er außerdem, daß die vielen positiven Beiträge der Kirche an die Welt von großen Tragödien in der Kirche selber begleitet waren. Jede der «Wunden», die er beschreibt, war eine menschliche Begleiterscheinung der göttlichen Mission, die die Kirche erfüllt. Rosmini war konservativ veranlagt, aber er anerkannte Tatsachen. Das Aufkommen des Nationalbewußtseins war eine solche Tatsache, und er bat den Papst, die nationale Sache in Italien, Irland, Polen und vor allem in Deutschland zu fördern. Er hatte das Vertrauen in die katholischen Fürsten längst verloren und glaubte an die geistige Gesundheit des christlichen Volkes, obwohl er im politischen Sinn kein Demokrat war. Das Buch enthält auch Anregungen, die Rosmini nicht weiter verfolgte: Kollegialität der Bischöfe, Glaube an eine experimentierfreudige Kirche, die Möglichkeit einer pluralistischen Gesellschaft.

Rosmini war sich im klaren darüber, daß sein Werk umstritten sein würde, aber er glaubte, die Haupteinwände würden von seiten des Staates kommen, das heißt von jenen katholischen Staaten, die damals die Ernennung der Bischöfe kontrollierten. Er stellte auch fest, die Kirche werde wohl seine Kritik am übertriebenen Zentralismus, wie er sich in den «Reservationen» äußert, nicht schätzen, doch wies er darauf hin, dieser Mißbrauch habe seine Wurzeln in der Geschichte, diese Situation sei ererbt und gehöre nicht zur Verfassung der Kirche. Er hielt seine Kritik für mild im Vergleich mit der Kritik, zu der Papst Paul III. im Jahre 1557 aufgerufen hatte. So veröffentlichte er sein kleines Buch «zur Ehre Gottes und zum Nutzen der Kirche».

► Die erste Wunde, die Rosmini in der Kirche, dem mystischen Leib Christi, fand, war die *Trennung von Volk und Klerus in der Liturgie*. Das Heil, so legte er dar, betrifft das ganze Menschengeschlecht so gut wie den einzelnen Menschen. Es schließt jede Sozialstruktur ein, die Familie, die Nation und die «menschliche Gemeinschaft». Die Gesellschaft ist das Werk des Menschen, und Gott herrscht über jede Tätigkeit des Menschen. Die Apostel predigten nicht eine intellektuelle Philosophie, noch kündigten sie bloße Tatsachen an. Sie bewirkten eine völlige Umformung von Mensch und Gesellschaft. Zuerst lehrten, dann taufte sie. Das heißt, sie unterwiesen den menschlichen Geist durch Predigt, und sie erneuerten den menschlichen Willen durch die Wiedergeburt der Taufe. Sie sprachen den Verstand an, die Gefühle und den ganzen Menschen in all seinen privaten und sozialen Betätigungen.

Der öffentliche Gottesdienst war nicht ein bloßes Schauspiel. Er verlieh die Gnade der Liebe, die Kraft gab, die gepredigten Lehren auch zu leben. Das Volk nahm an dem Geschehen aktiven Anteil; der ganze Mensch war engagiert. «Sie beantworteten die Grußformeln, sie erwiderten den Friedenskuß, sie brachten ihre Gaben an den Altar. Manchmal sprach der Klerus in seinem eigenen Namen, andere Male betete er gemeinsam mit den Gläubigen.» Alle handelten in «geordneter Harmonie». Klerus und Laien bildeten eine Einheit – eine Einheit in Christus, eine Einheit der Anwesenheit, des Geistes und Herzens, «wodurch Christen jeglichen Standes, um den Altar versammelt, eine einzige Person bilden. Alle sollten wissen, was sie tun und was sich ereignet. Das mangelnde Verständnis auf seiten des Volkes ist der Haupttrennungsgrund zwischen Klerus und Volk». All das ist durch das Fehlen von Unterweisung verursacht. Katechismen sind klare und knappe Darlegungen katholischer Lehre, aber sie sind nicht «erfüllte, lebendige Unterweisung». Katechese sollte dem kindlichen Verstand angepaßt sein, sollte auch Umwege und Abschweifungen einschließen, entsprechend ihren Bedürfnissen. Formeln «gelangen nicht weiter als bis zu den Ohren». Katechismen sollten nicht für immer festgelegt sein und den Fortschritt der Menschheit sowie die verschiedenen Umstände von Ort und Zeit nicht außer acht lassen.

Die Sprache ist die zweite Quelle der Trennung. Das christliche Europa beruhte auf der römischen Universalsprache.

<sup>1</sup> Epistolario, VII, 4251.

«Darf es geduldet werden», fragt Rosmini, «daß das Volk, das ursprünglich nicht zum Zuschauen, sondern zum Handeln bestimmt war, nun sich mit bloß körperlicher Anwesenheit zufrieden geben sollte?» Das Volk will nicht mehr zur Messe kommen, und es ist eine schreckliche Verkehrung der Worte unseres Herrn, «es zu nötigen hereinzukommen». Es ist ein Skandal, daß das Volk nicht anders gegenwärtig ist «an den mächtigen Mysterien als die Säulen und Statuen des Gebäudes, taub für die Worte, die die Kirche zu ihm spricht, und daß die Priesterschaft unzugänglich und vom Volk durch ihren Ehrgeiz getrennt in eine Aristokratie degenerierte». Die Priester haben ihre eigenen Gesetze, ihre eigenen Interessen, ihre eigene Sprache und stehen abseits vom Volk.

► Die zweite Wunde war die *ungenügende Ausbildung des Klerus*. Rosmini predigte jährlich mindestens einen Exerzitienkurs für den Klerus in verschiedenen Diözesen des Piemont. Der Klerus wird nie besser sein, sagte er, als das Volk, aus dem er kommt. Wenn einer als Laie keine Einführung in Liturgie und Glaubenswissen erhielt, wird er auch als Priester keine voll ausgebildete religiöse Persönlichkeit sein können. Ambrosius, Alexander, Martin, Peter Chrysologus wurden zu Bischöfen gemacht, als sie noch Laien waren. Sie kamen mitten aus dem wohl unterwiesenen Volk Gottes. In früheren Zeiten der Kirche bildeten die Bischöfe ihren Klerus selber heran. Junge Männer hörten jene lehren, die der Theologie der Kirche ihren Stempel aufdrückten. Es war eine lebendige Botschaft, die die ganze Person anging. Rosmini sagte gerne, Heiligkeit sei lebensnotwendig für die Theologie. Die Vorsehung gebrauchte Bischöfe zur Bildung neuer Zivilisationen und zur Durchdringung der Gesellschaft. Im Laufe der Zeit entfremdeten sich die Bischöfe von ihrem Klerus und unterrichteten die Klerikerstudenten nicht mehr selber. Heute haben wir kleine Leute, die in Seminarien kleine Leute heranbilden mit Hilfe von Kompendien, die aus andern Kompendien zusammengestellt wurden. Der ganze Mensch mit seinen Gefühlen, mit Verstand und Willen, ist vernachlässigt. Pastoraltheologie ist von den Schulen verbannt worden; Moralbücher sind Sünden-Rechentabellen. Die Heilige Schrift pflegte früher die Grundlage allen theologischen Unterrichts zu sein; jetzt liefert sie Stellen, um einen Satz zu beweisen. Das große Buch wurde in «Menschenschrift» geschrieben (Is 8:1): «Da spricht ewige Wahrheit in allen Weisen menschlichen Ausdrucks: hier Erzählung, dort Lehre; bald Sprüche, bald Lieder; Geschichte nährt das Gedächtnis, Poesie bezaubert die Phantasie, Weisheit erleuchtet den Verstand, durch all das werden Gefühle aller Art hervorgerufen ... Die Worte scheinen menschlich zu sein, aber Gott selber spricht.» Die Methode des Seminarprofessors «hat keine Überzeugungskraft». «Er reduziert die Theologie zu materialisierten Formeln und isolierten Schlußfolgerungen.» Die dürftigen Textbücher, die zur Zeit gebräuchlich sind, werden «in hoffnungsvolleren Tagen der unvergänglichen Kirche als die schwächsten betrachtet werden, die in den achtzehn Jahrhunderten ihrer Geschichte geschrieben wurden». Die Schulmänner trennten die Erziehung des Herzens von der des Verstandes.

► Die dritte Wunde ist die *mangelnde Einheit der Bischöfe*. Der Episkopat ist eine Einheit, sagt Rosmini, mit Berufung auf Cyprian: «Einem allein wurde im besondern gegeben, was allen im allgemeinen gegeben wurde» (de Unit. Eccl. 4). Es bestand eine «einzige bevollmächtigte Autorität». Die Bischöfe der Kirche waren sich dieser Tatsache bewußt und handelten im Geist der Verbundenheit. Sie schrieben einander, sie besuchten einander, sie hielten häufig Konzilien ab. Sie berücksichtigten die Wünsche ihres Volkes und berichteten ihm über das, was sie gemeinsam getan hatten. Sie hatten häufigen Umgang mit dem Heiligen Stuhl. Dann kam die Zeit, als die Bischöfe in den Wiederaufbau der Gesellschaft hineinverwickelt wurden. Sie wurden große Prälaten und kannten einander nicht mehr. Rosmini hebt mit Vorliebe verschiedene

Stadien in der Kirchengeschichte heraus. Er findet Perioden dynamischer Krisen, bewegte Zeiten, dann wieder Momente des Stillstandes, wo die Kirche eine Position konsolidiert, «bis für sie die Zeit kommt, die Anker einmal mehr zu lichten und auf eine See der Gefahren auszufahren». «Wer weiß», ruft er aus, «vielleicht nähern wir uns jetzt einer Zeit, da das große Schiff einmal mehr die Gestade verlassen und seine Segel hissen wird zur Entdeckung eines neuen und möglicherweise größern Kontinentes!»

Die zeitliche Gewalt, die die Bischöfe besaßen, lieferte sie den Fürsten aus. Sie verloren den Zugang zum Heiligen Stuhl; Gallikanismus und andere staatskirchliche Strömungen machten sie zu nationalen und politischen Größen. Bischofssitze wurden von den Fürsten als Belohnung für dem Staat erwiesene Dienste verliehen. Der Klerus ist nun an den Staat gekettet und vermittelt nicht mehr zwischen Fürsten und Volk. Die Reformation in England, Deutschland und Schweden zeigte, wie weit das ging: die Bischöfe leisteten einer Änderung der Religion keinen Widerstand, sondern folgten den Fürsten statt dem Heiligen Stuhl. So nimmt es nicht wunder, daß die Päpste für die päpstlichen Reservationen kämpften, die zwar soviel Schaden anrichteten, die aber doch beinahe als notwendig erschienen. Selbst der Papst genießt nur eine sehr unsichere Freiheit; er ist eingeeignet durch die Übereinkommen mit Fürsten, zu denen er gezwungen ist.

Eine weitere hindernde Last auf den Bischöfen ist der Schutz des kirchlichen Eigentums, das sie nur mit Hilfe des weltlichen Armes und der Waffe der Exkommunikation sicherstellen können. In einigen Ländern, meint Rosmini, «wäre der Katholizismus vielleicht dem Schiffbruch entgangen, hätte er sich des schlecht verwendeten Reichtums, der eine große Gefahr darstellte, entledigt. Genauso, wie in einem Hurrikan die Seeleute die kostbarsten Ladungen in die See werfen, wenn sie so das Schiff und ihr eigenes Leben retten können». Rosmini endet dieses Kapitel mit der leisen Hoffnung, die kommenden Revolutionen könnten der Kirche die Freiheit zurückgeben.

► Die vierte Wunde der Kirche ist das *Recht der weltlichen Gewalt, Bischöfe zu ernennen*. Dies ist bei weitem das längste Kapitel in dem Buch, und es basiert auf historischen Dokumenten. Gegen diesen Teil des Buches erhob Österreich die heftigsten Einwände, aber auch den Theologen machte dieser Teil am meisten zu schaffen. Rosmini schiebt die Schuld daran, daß die Bischofswahl in Laienhände überging, den Hirten selber in die Schuhe. Die alte Regel hatte gelaftet: «der Klerus entscheidet, das Volk berät». Anhand einer Fülle von Beweismaterial zeigt Rosmini, daß, sogar bis ins elfte Jahrhundert hinein, keine Wahl als gültig angesehen wurde, wenn sie nicht «per clerum et populum» (durch Klerus und Volk) erfolgte; und dies trotz den vielen Mißbräuchen, die sich eingeschlichen hatten. Erst als die Bischöfe große Prälaten wurden, hörte das Volk auf, sich darum zu kümmern, wer sein Hirte sein würde. Und doch hat es ein angeborenes Recht, seine geistlichen Herrscher anzuerkennen. Rosmini verwendete den unglücklichen Ausdruck göttliches Recht, obwohl er es als Naturrecht erklärte. In den österreichischen Gebieten Italiens war es keine Seltenheit, daß der Staat Bischöfe ernannte, die nicht einmal Italienisch konnten; Rosmini selber nahm zwei Bischöfe zu sich, um sie die Sprache zu lehren.

Als die Bischöfe weltliche Fürsten wurden, begann der Staat, ihnen ihre Lehren und ihre Diözesen zuzuteilen, ja diese beiden Ausdrücke wurden faktisch gleichbedeutend. Allmählich verlor der niedere Klerus seine Stimme in den Wahlen, und der höhere Klerus oder die Kapitel nahmen seinen Platz ein. Die Könige nahmen sich zuerst das Recht, die Wahlen zu billigen, und schließlich führten sie die Wahlen selber durch. Als die Päpste auf den Reservationen bestanden, versuchten sie mehr zu tun als sie konnten, und die Skandale waren größer als zuvor. Viele Reformversuche wurden unternommen, aber

schließlich gewann der Staat den Kampf; in Konkordaten wurde gewährt, was nie hätte sanktioniert werden dürfen. Mehr und mehr erfolgten die Ernennungen nach dem Gutdünken des Fürsten. Zur Qualifikation war es nur notwendig, daß ein Mann älter als siebenundzwanzig Jahre war, Glaubenseifer besaß und ein Theologie- oder Rechtsstudium abgeschlossen hatte. Früher einmal hatte die Regel gegolten, der beste Mann solle gewählt werden, dieser Mann solle ein Priester sein, der von allen gekannt, geliebt und als Bischof gewünscht werde. Nun kann er unannehmbar und unbekannt sein. Es liegt Rosmini fern, das Recht des Heiligen Stuhles zur Bischofsernennung zu leugnen. Vielmehr fand er es weit besser als das in seiner Zeit übliche System, da in katholischen Ländern alle Bischöfe auf gleiche Weise ernannt wurden wie in der englischen Staatskirche. Jedoch glaubte er, daß in einem Zeitalter gebildeter Laien, die sich ihrer Würde bewußt sind, ein System ähnlich demjenigen, das in den ersten tausend Jahren Kirchengeschichte gegolten hatte, eingeführt werden sollte. «Die Kirchen des Ostens, Deutschlands und Englands», sagt Rosmini, «wurden nicht durch Verfolgung noch durch sonstige Not zerstört. Sie gingen unter wegen der unheilvollen Machtkämpfe um die Besetzung der Bischofsstühle.»

► Die fünfte Wunde der Kirche ist die *Gebundenheit des kirchlichen Besitzes*. Dieser Teil protestiert gegen das Pfandrecht des Staates gegenüber dem kirchlichen Besitz. Rosmini führt diesen Mißbrauch auf die Tyrannei des Feudalismus zurück, wie er es mit den meisten Übeln der Kirche tut. Die Gebundenheit, von der er spricht, ist die Bindung, die zwischen dem Kirchenbesitz und dem Staat bestand. Einst war der Kirchenbesitz freie Gabe des Volkes für die Bedürfnisse der Kirche gewesen, war dann aber durch das Feudalsystem, durch die Unveräußerlichkeit vieler Güter, durch weltliche Rechtsansprüche auf Pfründenverleihung usw. institutionalisiert worden. Man bekommt den Eindruck, daß Rosmini in diesem Teil des Buches mehr andeutet, als was er tatsächlich ausspricht. Er ist ganz offensichtlich der Auffassung, daß die Kirche viel zu viel Eigentum besitzt, das nicht für die Bedürfnisse der Kirche und zum Wohl der Armen verwendet wird. Am Anfang, sagt er, hatten die Christen alles gemeinsam. Später zeigte die Kirche große Zurückhaltung gegenüber der Annahme von Besitz: nur auf spontane Angebote ging sie ein. Das Zehntensystem, obwohl notwendig, wurde vom Staat aufgezwungen; durch die daraus folgende Schuldner-Gläubiger-Beziehung wurde das christliche Volk dem Klerus entfremdet. Pfründen waren der Untergang für ein System, in dem der Kirchenbesitz ursprünglich für den Nutzen aller gemäß ihren Bedürfnissen bestimmt war. Bischöfe hatten individuelle Lehren, die keinerlei Beziehung zum Gemeinwohl des christlichen Volkes hatten. Der Feudalismus sorgte für Spaltungen in der Kirche auf allen Ebenen. Besitz, der für die Armen bestimmt war, wurde für immer sicher behütet: Kirchenbesitz wurde absolut. «Unzweifelhaft ist es ein trauriger Gedanke, daß alles, was in den Schatz der Kirche einfließt, nie wieder herauskommen wird.» Die Zivilregierung sollte keine Macht über Kirchenbesitz haben, die Kirche sollte ihn selber veräußern. Es ist ungerecht und gegen die bürgerliche Freiheit, daß die Kirche keine Steuern zahlt. Rosmini wünscht, daß die Kirche öffentlich über ihre Finanzen Rechenschaft ablegt. Dies würde eine heilsame Vorsichtsmaßnahme sein, «besonders für religiöse Orden», und würde wegen der Furcht vor öffentlicher Bloßstellung die Unredlichkeit in Schranken halten. Papst Paschalis II. bot den Verzicht auf allen Feudalbesitz an, «aber die Zeiten waren zu krank für solch ein kräftiges Heilmittel».

Es scheint erstaunlich, daß Rosmini diesem Buch keine große Bedeutung zumaß. Er bezeichnete es immer als ein «opuscolo»: er betrachtete es nicht als ein wichtiges Werk. Es ist auch in einem viel ungezwungeneren Stil geschrieben, verglichen mit dem eher schwerfälligen Italienisch seiner übrigen Werke. Jedoch enthielt das Buch stärkere Ausdrücke, als er sonst jeweils

gebrauchte. Es verriet ein poetisches und apokalyptisches Verständnis des Wirkens der Vorsehung in der Geschichte der Menschheit und der Kirche. Bei aller Kritik ist das Werk von einer tiefen Loyalität gekennzeichnet, und sein Unwille richtet sich gegen die weltliche Macht, die im Verlauf von über tausend Jahren die Kirche ihrer Freiheit beraubt und auf diese Weise so viele der Wunden, die er beklagte, verursacht hat.

Der ultrakonservative Gregor XVI. zollte Rosmini das größte Lob, das ein Papst einem Mann zu seinen Lebzeiten zollen konnte, als er ihn im Apostolischen Brief, worin er sein Institutum Charitatis billigte, folgendermaßen beschrieb: «Ein Mann von hervorragendem Verstand, geschmückt mit edlen Eigenschaften der Seele, berühmt für seine Kenntnis menschlicher und göttlicher Dinge, hervorstechend durch seine bemerkenswerte Frömmigkeit, ausgezeichnet durch seine wunderbare Liebe und Treue zur katholischen Religion und zu diesem Apostolischen Stuhl.»

Das Heilige Offizium leistete diesem heiligmäßigen Mann eine verspätete Wiedergutmachung, indem es eine Neuauflage dieses Buches erlaubte, bevor der Index der verbotenen Bücher abgeschafft wurde.

Claude Leetham, I.C.

## Für den Mond hat man Geld

### Verzweifelte Grundlagenforscher

Der Leser des Artikels «Leben aus der Retorte?» in der *Orientierung* Nr. 4, S. 46ff., mag sich gefragt haben, was hinter der außergewöhnlichen Publizität um die Forschungsergebnisse Kornbergs und seines Teams wohl steckt. In der «Naturwissenschaftlichen Rundschau» vom März 1968 finden sich dazu einige interessante Hinweise (S. 118f.). Darnach ergibt sich etwa folgendes Bild:

Kornberg (geb. 1918), der seit 26 Jahren sehr erfolgreich auf dem Gebiet der Biochemie und Molekularbiologie tätig ist, beobachtete in den letzten Jahren mit steigender Sorge, wie die finanziellen Mittel für die Grundlagenforschung unzureichend wurden. Offensichtlich sind diese Mittel auch in einem Land, das pro Kopf der Bevölkerung dreimal mehr für die Forschung ausgibt als irgendeines der reichen europäischen Länder, von endlicher Größe. Der Löwenanteil der staatlichen Forschungsgelder fließt seit Jahren der NASA (Raumfahrtbehörde) zu und in die zahlreichen Forschungsprojekte des Verteidigungsministeriums. Das ärgert nicht wenige Vollblutwissenschaftler in verschiedenen Sparten der Grundlagenforschung schon lange. Manche halten die wissenschaftlichen Ergebnisse der Weltraumforschung (im Gegensatz zum technischen «fall out») für sehr mager, verglichen zum Aufwand an Geld und Wissenschaftlern. Andere Gebiete erfuhren keine entsprechende Förderung, obwohl die zu erwartenden praktischen Ergebnisse für die USA und die Menschheit weit wichtiger sein werden als die Resultate dessen, was man etwas gar zu großspurig «Weltraum»-Forschung nennt. Das gilt zum Beispiel von der Plasmaphysik und der sogenannten «Zähmung der H-Bombe». Von dieser Zähmung hängt es ab, ob einmal eine praktisch unerschöpfliche Energiequelle gefunden wird. Uran und erst recht fossile Brennstoffe sind ja nicht unerschöpflich, und die sich ständig regenerierende Wasserkraft kann nur einen kleinen Teil des Weltenergiebedarfs decken. Die Unzufriedenheit mancher Grundlagenforscher wurde noch weiter angeheizt, als der Kongreß die Gelder für bestimmte Forschungsprojekte kürzte (und zwar bevor nun auch das Budget der Nasa im Zusammenhang mit der Vietnamkrise gekürzt werden mußte). Davon wurde zum Beispiel das sogenannte Moho-Projekt betroffen, das eine Bohrung durch die Erdkruste in den Erdmantel niederbringen wollte. Nicht wenige Petrologen und Mineralogen halten es für aufschlußreicher, ein Stück Materie aus der Tiefe des Erdmantels zu untersuchen als ein Stück aus der Oberfläche des Mondes. Dabei

hätte das Moho-Projekt nur einen Bruchteil dessen verschlungen, was das Apollo-Projekt (die bemannte Mondlandung) verschlingen wird.

Die Tatsache also, daß das Geld in nicht wenigen Sparten der Grundlagenforschung zu knapp fließt, scheint Kornberg zum Handeln bewegt zu haben. Will man mehr Geld für die molekularbiologische Forschung, so muß letzten Endes die Öffentlichkeit möglichst eindringlich und auffällig auf das, was sich auf diesem Gebiet tut, aufmerksam gemacht werden. Sein neuestes Ergebnis, nämlich die Synthese biologisch aktiver DNS im Reagenzglas, schien sich dazu besser als manches andere zu eignen. Es ließ sich relativ leicht popularisieren, und die möglichen Konsequenzen für die Medizin würden bestimmt Eindruck machen. Die DNS (Nukleinsäure) ist ja das materielle Substrat der Erbfaktoren. Auf Grund der fehlerfreien Synthese eines DNS-Moleküls im Reagenzglas darf man hoffen, daß es eines Tages gelingen wird, Erbkrankheiten zu heilen und jene Krebsformen zu behandeln, die vom Polyomavirus verursacht oder ausgelöst werden. Kornberg informierte im September 1967 das Nachrichtenbüro der Stanford-Universität über seine Arbeit, die er eben verfaßt hatte und die in der Dezember-Nummer der «Proceedings of the national Academy of Science» erscheinen sollte. Kurz vor dem Erscheinungstermin der «Proceedings», am 11. Dezember, wurde eine Pressemitteilung und eine Einladung zu einer Pressekonferenz versandt. Am 12. Dezember erhielten die «Wissenschaftskommentatoren» der verschiedenen Nachrichtenmedien eine Stellungnahme des Direktors des «National Institut of Health» (dessen Mitarbeiter Kornberg früher war). Viele erhielten sogar Vorabdrucke des Artikels aus den «Proceedings». Beides soll ungewöhnlich sein. Am 13. Dezember fand ein Interview mit Kornberg statt, der seine Ergebnisse mit Wandtafel und Kreide erklärte und auf die möglichen Konsequenzen hinwies. Die tüchtigen Werbefachleute haben es sich schließlich nicht entgehen lassen, einen entsprechenden Passus über die Entdeckung Kornbergs in die Rede Johnsons einarbeiten zu lassen, die der Präsident am 15. Dezember vor der Smithsonian Institution halten sollte.

Die Fachkollegen Kornbergs in der ganzen Welt waren vermutlich nicht wenig überrascht, über Fernsehen, Rundfunk und Tageszeitungen zu erfahren, was einer ihrer erfolgreichsten

Kollegen in der letzten Zeit gearbeitet hatte. Mancher wird sich gefragt haben, wie es denn möglich sei, daß ihm ein so wichtiges Ergebnis entgangen sei. Er wird die letzten Nummern der «Proceedings» oder von «Science» oder des «Journal of Molecular Biology» nach neueren Veröffentlichungen Kornbergs und seiner Mitarbeiter durchsucht haben, um die wissenschaftlich zuverlässige Mitteilung über das zu finden, wovon in der Presse die Rede war. Vergebens! Denn ein Unglück wollte es, daß das Dezember-Heft der «Proceedings» erst im Januar 1968 erscheinen konnte. So wurde ein wichtiges Resultat langer und intensiver Forschung zur Tagessensation, bevor es – wie das doch geheiligter Brauch ist – in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erschien.

Dr. P. Erbrich, Feldkirch

## Eingesandte Schriften

*Allmen Jean-Jacques von:* Geistliches Amt und Lamentum. Reinhardt-Verlag, Basel 1966. 87 S., kart. Fr. 6.80.

*Audet Jean-Paul:* Mariage et célibat dans le service pastoral de l'église. Éditions de l'Orante, Paris 1967. 162 S.

*Barth Karl:* Das christliche Leben (Fragment). Die Taufe als Begründung des christlichen Lebens. Bd. IV/4 Die kirchliche Dogmatik. EVZ-Verlag, Zürich 1967. 248 S., Leinen Fr. 30.—

*Bartsch Elmar:* Kirche im Heute. Ein Konzilsseminar über die Konstitution «Die Kirche in der Welt von heute». Verlag Josef Pfeiffer, München 1967. 167 S., DM 8.70.

*Bautz Wilhelm (Hrsg.):* Das Wort vom Kreuz. Evangelische und katholische Theologen verkünden Christus, den Gekreuzigten. Benziger-Verlag, Einsiedeln 1967. 292 S., Fr. 16.30.

*Bentham van Walter:* Das Ethos der technischen Arbeit und der Technik. Ein Beitrag zur personalen Deutung. Ludgerus-Verlag Hubert Wingen KG, Essen 1966. 184 S., brosch. DM 30.—

*Doebert Heinz:* Neuordnung der Seelsorge (Handbibliothek für Beratung und Seelsorge). Ein Beitrag zur Ausbildungsreform und zur heutigen kirchlichen Praxis. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1967. 202 S., engl. brosch. DM 16.80.

*Eberz Otfried:* Sophia und Logos oder die Philosophie der Wiederherstellung. Ernst Reinhardt-Verlag, Basel 1967. 616 S., Leinen Fr. 53.—

*Eusebius von Caesarea:* Kirchengeschichte. Herausgegeben und eingeleitet von Heinrich Kraft. Kösel-Verlag, München 1967. 474 S., Leinen.

*Gilen Leonhard:* Das Gewissen bei Fünfzehnjährigen. Psychologische Untersuchungen. Verlag Aschendorff, Münster 1965. 252 S., kart. DM 25.50.

**Herausgeber:** Apologetisches Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins.

**Redaktion und Administration** (Abonnement und Inserate): Scheideggstraße 45, 8002 Zürich/Schweiz. Telefon (051) 27 26 10. Postcheckkonto :80-27842

**Bestellungen:** bei der Administration

**Einzahlungen:** Schweiz: Postcheck 80-27842

Deutschland: Volksbank Mannheim, Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 17525 (Vermerk «Orientierung»), Bankkto.-Nr. 12975). – Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Postscheck 60.675 mit Vermerk «Orientierung» (26849) – Belgien-Luxemburg: siehe Schweiz – Dänemark: an P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg – Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065 «Orientierung» C. E. Suisse No 20/78611 – Italien: c/c N. 1/18690 Pontificia Università Gregoriana, Deposito Libri, Piazza della Pilotta, Roma, «Orientierung».

**Abonnementspreise:**

a) *Ganzes Jahr:* sFr. 17.– / DM 18.– / öS 100.– / bFr. 210.– / dän. Kr. 28.– / FF 20.– / Lire 2500.– / US\$ 4.50

b) *Halbes Jahr:* sFr. 9.– / DM 9.50 / öS 60.– / bFr. 110.– / dän. Kr. 15.– / FF 11.– / Lire 1300.–

c) *Gönner:* sFr. 22.– / DM 23.– / usw.

d) *Studenten:* jährlich sFr. 10.– / DM 10.– / öS 70.– / bFr. 120.– / dän. Kr. 16.– / FF 12.– / Lire 1400.–

e) *Einzelnummer:* sFr. 1.– / DM 1.– / öS 6.– / bFr. 12.– / dän. Kr. 1.60 / FF 1.20 / Lire 140.–

## Bräutleutewochen 1968

die intensive, vielseitige Starthilfe für Brautpaare zu einer glücklichen Ehe. Die Kurse sind vor allem geeignet für Akademiker der verschiedensten Berufe, insbesondere auch für das Lehrpersonal, Techniker, Herren und Damen in führender Stellung. Die Ehe wird als frohe Botschaft verkündet, der Weg dazu sachlich und klar, wissenschaftlich begründet aufgezeigt.

Nächste Kurse:

*Bad Schönbrunn*, 6311 Edlibach (Zug), Telefon (042) 7 33 44  
Juli: Montag, 15. bis Sonntag, 21. (Sommerferien)  
September: 28. bis 4. Oktober (Herbstferien)

2800 *Delsberg|Jura*, «Centre St-François», Telefon (066) 2 39 55  
April: Ostermontag, 15. bis Samstag, 20.\*  
August: Sonntag, 4. bis Samstag, 10. Sprache: Deutsch

Beginn aller Kurse: 19.00 des 1. Tages  
Schluß: ca. 9.30 Uhr des letzten Tages, außer den mit \* bezeichneten Kursen, die um 16.00 Uhr schließen

Leitung aller Kurse: *P. Charles Keller*, unter Mitwirkung von vier ausgewiesenen Fachreferenten

Pensionspreis: Fr. 80.—, Kursgeld: Fr. 20.—  
Auskunft, Anmeldung, Prospekte: Leitung der entsprechenden Häuser